FDP Offenbach

MARKTPLATZ: SCHNEIDER SOLL SPERRUNGSOPTIONEN AUFGEBEN

27.06.2012

Image not found or type unknown

Die Offenbacher FDP-Fraktion sieht sich nach der versuchsweisen Sperrung des Marktplatzes für den Autoverkehr in ihrer kritischen Haltung bestärkt. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Oliver Stirböck berichtet über massive Beschwerden von Einzelhändlern. Es sei von hohen Umsatzrückgängen die Rede gewesen. „Schon die Diskussion über mögliche Sperrungsvarianten ist geeignet, dem Standort Innenstadt zu schaden, weil potenzielle Investoren oder Einzelhändler abgeschreckt werden“, meint Stirböck. Der zuständige Wirtschaftsförderungs- und Planungsdezernent Oberbürgermeister Horst Schneider solle daher ein „Machtwort“ sprechen. Eine Sperrung dürfe keine Option der Stadtpolitik sein. Der „unklare Kurs“ der Koalition sei das Gegenteil von erforderlicher „Planungssicherheit“.

Stirböck warnt zudem grundsätzlich vor radikalen Veränderungen der Verkehrsbeziehungen in der Innenstadt: „Die leicht positive Entwicklung der Offenbacher Innenstadt hat sich im Umland noch nicht ausreichend herumgesprochen. Verschreckt die Stadt zusätzlich potenzielle Kunden durch schwer nachvollziehbare Verkehrsführungen vom grünen Tisch, dauert es sehr lange, sie wieder zurückzugewinnen“. Denn der Kunde sei ein scheues Reh und eigne sich nicht als Versuchskaninchen. Die gute Anfahrbarkeit der City sowohl durch Auto als auch Bus sei weiterhin ein wichtiger Standortvorteil. „Hier nur auf den öffentlichen Nahverkehr zu setzen wie dies sich mancher Verkehrsplaner und Politiker heimlich wünscht, wäre der Sargnagel für die Innenstadt als Einkaufszentrum“,

Abgerufen am 30.10.2026 unter https://fdp-of.de/?p=1589

so Stirböck.

Es gehe in Offenbach darum, einerseits die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu erhalten und andererseits den öffentlichen Raum „intelligent, aber nicht brachial aufzuwerten“. Dazu gehöre das Aufhübschen des Marktplatzes und eine Verbesserung der Fußgängerbeziehungen zwischen Frankfurter Straße und Wilhelmsplatzes, auch um dem gestiegenen „Fußgängerverkehr“ in diesem Raum Rechnung zu tragen. „Den trennenden Charakter einer Straße etwa durch eine bürgersteiggleiche Erhöhung zu mindern und damit die gemeinsame Nutzung der Verkehrsfläche anzustreben, so genannter „shared Space“, sei ausreichend. Dazu seien radikale Konzepte wie Vollsperrungen und die Idee, die Waldstraße zur Einbahnstraße umzuwandeln, nicht erforderlich.

Abgerufen am 30.10.2026 unter https://fdp-of.de/?p=1589